

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 32

FREITAG, DEN 24. APRIL

2015

Inhalt:

	Seite		Seite
Badegewässer – für die Badesaison 2015 –	797	Öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 6 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	798
Mandatsveränderungen in den Bezirksversammlungen	798	Berichtigung einer Widmungsverfügung für den Hofstückenweg	798

BEKANNTMACHUNGEN

Badegewässer – für die Badesaison 2015 –

Gemäß § 3 Absatz 1 der Verordnung über Badegewässer vom 26. Februar 2008 (HmbGVBl. Nr. 15 S. 117) gibt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt für das Jahr 2015 die Badegewässer bekannt.

Die Badesaison umfasst den Zeitraum vom 9. Mai 2015 bis zum 10. September 2015. An einigen Badestellen gibt es Abweichungen von der regulären Saisonzeit.

- Öjendorfer See (Badestelle Süd)
9. Mai 2015 bis 31. August 2015
- Öjendorfer See (Badestelle Nord)
9. Mai 2015 bis 31. August 2015
- Neuwerk (Anlegesteg)
9. Mai 2015 bis 31. August 2015
- Naturbad Stadtparksee
15. Mai 2015 bis 13. September 2015
- Naturbad Kiwittsmoor
15. Mai 2015 bis 13. September 2015
- Sommerbad Farmsen
9. Mai 2015 bis 31. August 2015
- Sommerbad Ostende
17. Mai 2015 bis 6. September 2015
- Sommerbad Volksdorf
1. Juni 2015 bis 31. August 2015

- Sommerbad Duvenstedt
1. Juni 2015 bis 31. August 2015
- Sommerbad Altengamme
15. Mai 2015 bis 10. September 2015
- Allermöher See (Nordspitze)
9. Mai 2015 bis 10. September 2015
- Boberger See (Sandstrand)
9. Mai 2015 bis 10. September 2015
- Eichbaumsee (Badestelle Nord)
auf Grund von Restaurierungsmaßnahmen gesperrt
- Eichbaumsee (Badestelle Ost)
auf Grund von Restaurierungsmaßnahmen gesperrt
- Hohendeicher See (Badestelle Süd)
9. Mai 2015 bis 10. September 2015
- Hohendeicher See (Badestelle West)
9. Mai 2015 bis 10. September 2015
- See „Hinterm Horn“ (Sandstrand)
9. Mai 2015 bis 10. September 2015

Vorschläge und Bemerkungen zu Badegewässern können an die E-Mail-Adresse: Badegewaesser@bsu.hamburg.de oder an die Anschrift: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Umweltschutz –, Wasserwirtschaft, Badegewässer, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, gerichtet werden.

Hamburg, den 15. April 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 797

Mandatsveränderungen in den Bezirksversammlungen

Mitteilung Nummer 6 über Mandatswechsel in den 20. Bezirksversammlungen

Nach dem Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft (BüWG) in der Fassung vom 22. Juli 1986 (HmbGVBl. S. 223), zuletzt geändert am 19. Februar 2013 (HmbGVBl. S. 48), anzuwenden nach dem Gesetz über die Wahl zu den Bezirksversammlungen (BezVWG) in der Fassung vom 5. Juli 2004 (HmbGVBl. S. 313), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2013 (HmbGVBl. S. 502), und in Fortschreibung meiner Mitteilung im Amtlichen Anzeiger vom 17. April 2015 (S. 757) gebe ich bekannt:

Mandatswechsel in der Bezirksversammlung Altona

Frau Franziska Grunwaldt (laufende Nummer 1 auf dem Wahlvorschlag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands [CDU] im Wahlkreis 3 im Bezirk Altona) hat ihr erworbenes Mandat für die Bezirksversammlung Altona mit Wirkung zum 6. März 2015 niedergelegt.

An Stelle von Frau Franziska Grunwaldt wurde Frau Maria Hill (laufende Nummer 5 auf dem Wahlvorschlag der CDU im Wahlkreis 3 im Bezirk Altona) als nachfolgende noch nicht gewählte Person mit der nächstniedrigeren Stimmenzahl nach § 38 Absatz 1 BüWG, § 1 BezVWG für gewählt erklärt.

Frau Maria Hill hat die Wahl mit Erklärung vom 20. März 2015 jedoch nicht angenommen.

An ihrer Stelle wurde Frau Stephanie Heinemann (laufende Nummer 4 auf dem Wahlvorschlag der CDU im Wahlkreis 3 im Bezirk Altona) als nachfolgende noch nicht gewählte Person mit der nächstniedrigeren Stimmenzahl nach § 38 Absatz 1 BüWG, § 1 BezVWG für gewählt erklärt.

Frau Stephanie Heinemann hat die Wahl mit Erklärung vom 24. März 2015 jedoch nicht angenommen.

An ihrer Stelle wurde Frau Antonia Niece (laufende Nummer 2 auf dem Wahlvorschlag der CDU im Wahlkreis 3 im Bezirk Altona) als nachfolgende noch nicht gewählte Person mit der nächstniedrigeren Stimmenzahl nach § 38 Absatz 1 BüWG, § 1 BezVWG für gewählt erklärt.

Frau Antonia Niece hat die Wahl am 26. März 2015 angenommen.

Mandatswechsel in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Frau Sabine Karin Bill (laufende Nummer 5 auf dem Wahlvorschlag der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [GRÜNE] auf der Bezirksliste Hamburg-Nord) hat ihr erworbenes Mandat für die Bezirksversammlung Hamburg-Nord mit Wirkung zum 6. April 2015 niedergelegt.

An Stelle von Frau Sabine Karin Bill wurde Herr René Gögge (laufende Nummer 10 auf dem Wahlvorschlag der GRÜNEN auf der Bezirksliste Hamburg-Nord) als nach Listenplatz nachfolgende noch nicht gewählte Person auf dem Wahlvorschlag der GRÜNEN auf der Bezirksliste Hamburg-Nord nach § 38 Absatz 2 BüWG, § 1 BezVWG für gewählt erklärt.

Herr René Gögge hat die Wahl am 14. April 2015 angenommen.

Hamburg, den 24. April 2015

Der Landeswahlleiter Amtl. Anz. S. 798

Öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 6 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die Firma August Ernst GmbH & Co KG, Moorburger Kirchdeich 60, 21079 Hamburg/Moorburg, hat beim Bezirksamt Harburg, Bauprüfungsabteilung, einen Bauantrag auf Bodenabbau (Tieferabbau und Wiederverfüllung) in Lürade gestellt. Die beabsichtigte Maßnahme stellt ein Vorhaben im Sinne von § 2 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar, für welches gemäß § 3b Absatz 1 UVPG eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Das Verfahren, das hiermit öffentlich bekannt gemacht wird, ist gemäß Anlage 1 Nummer 3.4 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg UVP-pflichtig, da auf einer 17,6 ha großen Fläche Kies abgebaut werden soll. Ziel der Maßnahme ist vorrangig die Anpassung der durch den Bodenabbau künstlich entstandenen Geländestufen an das natürliche Landschaftsrelief.

Der vorgenannte Antrag und die dazugehörigen Unterlagen werden in der Zeit vom 27. April 2015 bis einschließlich 27. Mai 2015 an den Werktagen (außer sonntags) an folgender Stelle zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt: Bezirksamt Harburg, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt/Bauprüfung, im Foyer, Harburger Rathausforum 2, 21073 Hamburg, montags und freitags von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr und dienstags und donnerstags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Einwendungen gegen das beantragte Vorhaben sind vom 27. April 2015 bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis zum 10. Juni 2015, schriftlich bei der vorgenannten Dienststelle zu erheben. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle bis dahin nicht erhobenen Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Einwendungen werden dem Antragsteller und den von ihnen in ihrem Aufgabenbereich berührten beteiligten Behörden bekannt gegeben. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Hamburg, den 8. April 2015

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 798

Berichtigung einer Widmungsverfügung für den Hofstückenweg

In der Verfügung der Widmung Hofstückenweg vom 24. September 2008 (Amtl. Anz. Nr. 82 vom 21. Oktober 2008 S. 2044) ist ein Fehler unterlaufen. Es muss heißen: ... von Meiendorfer Straße bis Dassauweg ...

Hamburg, den 20. April 2015

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 798

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Landesbetrieb Immobilienmanagement
 und Grundvermögen
 Postanschrift:
 vertreten durch die
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Amt für Bauordnung und Hochbau,
 ABH 44 – Hochbaudienststelle,
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Vergabestelle
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 05 27
 E-Mail: vergabestelle@bsu.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Projektentwicklung Pergolenviertel – Planung einer Lärmschutzwand.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr: 12
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Planung einer ca. 1200 m langen Lärmschutzwand in Hamburg – Bezirk Nord zwischen Alte Wöhr und Hebebrandtstraße mit 5,5 m über Gelände in 3,3 m Entfernung von der äußersten Gleismittelachse im Westen an der Güterumgebungsbahn Strecke 1234 auf dem Gelände der DB Netz AG.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 71322500
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
 Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja
- II.1.8) Lose
 Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Leistungen gemäß §41 Pkt. 6 HOAI der Leistungsphasen 1 bis 9 in Verbindung mit Anlage 12 Gruppe 6. Es ist vorgesehen vorerst die Leistungsphasen 1 bis 4 zu beauftragen. Nach Genehmigung der Kosten werden weitere Leistungsphasen abgerufen. Vorraussichtliche Beauftragung nach Abschluss des VOF-Verfahrens ca. im August 2015.
- II.2.2) Angaben zu Optionen:
 Optionen: nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung
 Laufzeit: 24 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
 Haftpflichtversicherung:
 Personenschäden: 1.500.000,- Euro
 Sonstige Schäden: 1.500.000,- Euro
 Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: –
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, sämtliche/folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen. Des weiteren ist eine Erklärung des anderen Unternehmens vorzulegen, mit dem dieses sich verpflichtet, für den Fall der Auftragerteilung an die Bewerberin bzw. den Bewerber, genau anzugebende Leistungen zu erbringen. Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderte Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.
- 1) Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. der Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.
 - 2) Formlose Erklärung, dass kein Ausschluss der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg von der Teilnahme am Wettbewerb gemäß § 4 VOF Abs. 9 Buchstaben b) und c) besteht.
 - 3) Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 VOF vorliegen.
 - 4) Namen/berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen.
 - 5) Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- 6) Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
vgl. III.1.1.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit der Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen,
– bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber durch eine von der zuständigen Behörde ausgestellte oder beglaubigte Bescheinigung.
– bei Leistungen für private Auftraggeber durch eine vom Auftraggeber ausgestellte Bescheinigung; ist eine derartige Bescheinigung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Bewerbers zulässig.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja
Die Planung muss durch ein in Bahnbelangen erfahrenes, bauvorlagenberechtigtes Büro unter Beachtung der geltenden Richtlinien und Vorschriften der DB AG erfolgen und dem Eisenbahn-Bundesamt zur Prüfung vorgelegt werden.
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Um ein zeitlich optimiertes Verfahren zu erreichen und im anschließenden Verhandlungsverfahren das wirtschaftlichste Angebot zu beauftragen, wird die Höchstzahl der Wirtschaftsteilnehmer begrenzt.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein

- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:
- | Kriterien | Gewichtung |
|--|------------|
| 1. Qualität | 40 |
| 2. Fachlicher und Technischer Wert | 20 |
| 3. Leistungszeitraum bzw. -fristen | 20 |
| 4. Honorar im Rahmen des geltenden Preisrechts | 20 |
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
ÖT-ABH4-148/15
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –
Kostenpflichtige Unterlagen: –
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 19. Mai 2015, 11.15 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Eine schalltechnische Untersuchung vom 2. Juni 2014 liegt vor. Die Ausführung und die technische Gestaltung der Lärmschutzwand muss dem einschlägigen Regelwerk der DB Netz AG entsprechen. Die Planungsunterlagen sind der DB Netz AG zur Zustimmung vorzulegen.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Vergabekammer der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
13. April 2015

Hamburg, den 31. März 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

318

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Postanschrift:
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Herrn Oetzmann
Telefon: +49/040/4 28 26 - 25 59
Telefax: +49/040/4 27 31 - 14 48
E-Mail: zentralevergabe@lsbg.hamburg.de
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Verkehrsinfrastruktur
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Bw. Nr. 204A, Amsinckstraßenbrücke – Grundinstandsetzung

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Die Amsinckstraßenbrücke wurde im Jahr 1956 gebaut und überführt im Stadtteil Hammerbrook die Amsinckstraße (B4) über den Mittelkanal. Die Brücke weist zahlreiche Schäden auf und muss deshalb abgebrochen und erneuert werden. Die Grundinstandsetzung (Abbruch und Neubau) der Amsinckstraßenbrücke muss in mindestens 2 Bauabschnitten unter Aufrechterhaltung des Verkehrs erfolgen. Der Auftrag umfasst die Objekt- und Tragwerksplanung für die Amsinckstraßenbrücke einschließlich ggf. einer Behelfsbrücke für Fußgänger, Radfahrer und Versorgungsleitungen. Es sollen die Leistungen der Objektplanung (Lph 1 bis 3 und 6), der Tragwerksplanung (Lph 2, 3 und 6) und besondere Leistungen (Vorbereitung und Überwachung von Vor-Ort-Untersuchungen, detaillierte Abstimmung der Bauphasen und Verkehrsführungen, Erfassen von Bauzuständen und Aufstellen einer vorgezogenen, prüfbaren Entwurfsstatik) beauftragt werden.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71322300

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags**II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Im Rahmen des Bauprojektes zu vergebende Leistungen:

Gemäß HOAI §43 und Anlage 12: Objektplanung Ingenieurbauwerke, Leistungsphasen 1 – Grundlagenermittlung, 2 – Vorplanung, 3 – Entwurfsplanung, 6 – Vorbereitung der Vergabe und gemäß HOAI §51 und Anlage 14: Tragwerksplanung, Leistungsphasen 2 – Vorplanung, 3 – Entwurfsplanung, 6 – Vorbereitung der Vergabe besondere Leistungen: Vorbereitung und Überwachung von Vor-Ort-Untersuchungen, detaillierte Abstimmung der Bauphasen und Verkehrsführungen, Erfassen von Bauzuständen und Aufstellen einer vorgezogenen, prüfbaren Entwurfsstatik.

Die Brückenfläche beträgt ca. 1.400m². Die Brücke überführt insgesamt 6 Fahrstreifen, eine Busspur sowie beidseitige Geh- und Radwege.

II.2.2) Angaben zu Optionen:

Optionen: nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Laufzeit: 17 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**III.1) Bedingungen für den Auftrag****III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Haftpflichtversicherung:

Personenschäden: 1.500.000,- Euro

Sonstige Schäden: 500.000,- Euro

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –**III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) Teilnahmebedingungen**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die in Ziffer III.2.1) bis III.2.3) geforderten Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Weitere Informationsunterlagen sind nicht erwünscht.

1. Allgemeine Informationen zum Unternehmen mit Name der Firma, Anschrift, Telefon- und Fax-Nummer, E-Mail-Adresse, Geschäftsorte, Rechtsform.

2. Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.
3. Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach VOF § 4, Abs. 6, Buchstaben a) und g) und nach § 4, Abs. 9, Buchstaben a) bis e) vorliegen.
4. Angaben gem. VOF § 4, Abs. 2, ob und auf welche Art sie oder er, auf den Auftrag bezogen, in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegen stehen.
5. Für Bietergemeinschaften sind die unter III.2.1) und III.2.2) geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen.
6. Die unter III.2.3) geforderten Angaben sind von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft, abhängig vom Leistungsanteil, den das Mitglied im Auftragsfall übernehmen würde, nachzuweisen.
7. Beabsichtigt der Bewerber sich zum Nachweis seiner Fachkunde und Leistungsfähigkeit im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Unterauftragnehmer) zu bedienen, sind die Unterauftragnehmer mit Namen und Anschrift zu benennen und die Leistungsanteile je Unternehmen anzugeben.
8. Sofern bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen unter III.2.3) auf die Fachkunde eines Unterauftragnehmers zurückgegriffen wird, ist dies deutlich hervorzuheben. Auf gesondertes Verlangen des AG sind entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen bereits im öffentlichen Teilnahmewettbewerb vorzulegen.
9. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.
10. Die Darstellung wird wie folgt bewertet: Vollständigkeit der Unterlagen: 0 bis 2 Punkte, Struktur und Gliederung: 0 bis 2 Punkte, Gesamteindruck (Zusammenstellung der Unterlagen, fehlerlose/fehlerhafte Unterlagen): 0 bis 2 Punkte. Maximal werden 6 Punkte, je nach Qualität zwischen 0 bis 2 Punkten je Kriterium vergeben.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Nachweis der Haftpflichtversicherung für Personenschäden: 1.500.000,- Euro, sonstige Schäden: 500.000,- Euro.
Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.
2. Erklärung zum Gesamtumsatz an vergleichbaren Leistungen in den Geschäftsjahren 2011, 2012 und 2013. Vergleichbare Leistungen sind Leistungen bei Brücken in innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzen und im Zuge von Bundesautobahnen und Bundesstraßen. Diese Angaben (Summe der Jahre 2011-2013) werden wie folgt bewertet:

- > 1,2 Mio. Euro (brutto): 1 Punkt
- > 1,8 Mio. Euro (brutto): 2 Punkte
- > 2,4 Mio. Euro (brutto): 3 Punkte
- > 3,0 Mio. Euro (brutto): 4 Punkte
- > 3,6 Mio. Euro (brutto): 5 Punkte.

Es werden max. 5 Punkte, je nach Umsatz, vergeben.

3. Erklärung zum Gesamtumsatz des Unternehmens jeweils in den Geschäftsjahren 2011, 2012 und 2013. Diese Angaben (Summe der Jahre 2011-2013) werden wie folgt bewertet:

- > 2,4 Mio. Euro (brutto): 1 Punkt
- > 3,6 Mio. Euro (brutto): 2 Punkte
- > 4,8 Mio. Euro (brutto): 3 Punkte
- > 6,0 Mio. Euro (brutto): 4 Punkte
- > 7,2 Mio. Euro (brutto): 5 Punkte.

Es werden max. 5 Punkte, je nach Umsatz, vergeben.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Benennung der durchschnittlichen Anzahl der Ingenieure, die jeweils in den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014) an ähnlichen Brücken gleichzeitig gearbeitet und vergleichbare Aufgaben übernommen haben (arithmetisches Mittel). Jeder Mitarbeiter wird pro Jahr nur einmal gezählt.

Ähnliche Vorhaben zeichnen sich wie folgt aus: Brücken in innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetzen und im Zuge von Bundesautobahnen und Bundesstraßen. Bauvolumen > 2,0 Mio. Euro.

Vergleichbare Aufgaben sind: Planungsleistungen HOAI § 43, der Leistungsphasen 1 bis 3 und 6 sowie HOAI § 51, der Leistungsphasen 2, 3 und 6. Nennung der Mitarbeiter/innen mit Namen, Qualifikation, Beschreibung der bearbeiteten Projekte, Bearbeitungsinhalte und Leistungsphasen.

Diese Angaben werden wie folgt bewertet:

- 3 Mitarbeiter/innen: 2 Punkte
- 4 Mitarbeiter/innen: 4 Punkte
- 5 Mitarbeiter/innen: 6 Punkte
- 6 Mitarbeiter/innen: 8 Punkte
- > 7 Mitarbeiter/innen: 10 Punkte.

Max. werden 10 Punkte, je nach Anzahl der Mitarbeiter/innen vergeben.

2. Nachweis von maximal 5 Referenzprojekten, nach den unter 1. genannten Kriterien der letzten 5 Geschäftsjahre (2010 bis 2014), bei denen zwischenzeitlich die Planungen nach HOAI, §§ 43, 51 bis einschl. Lph. 6 abgeschlossen wurden, Bausumme > 2,0 Mio. Euro (brutto). Nennung der Referenzprojekte mit Projektbezeichnung, Auftraggeber mit Ansprechpartner und Telefonnummer, Bearbeitete Leistungsphasen, Bearbeitete Leistungsbilder, Darlegung des zeitlichen Ablaufs des Bearbeitungsprozesses mit Angabe von Bearbeitungsbeginn und Bearbeitungsende. Diese Angaben werden je Referenzprojekt wie folgt bewertet: Kriterium 1: Bausumme > 2 Mio. Euro (brutto), Kriterium 2: Bearbeitung HOAI § 43, Leistungsphasen 1 bis 3 und 6, Kriterium 3: HOAI § 51, Leistungsphasen 2, 3

und 6, Kriterium 4: Erstellung eines Bauablaufkonzepts mit Bauphasenplänen.

Es werden je Kriterium und Referenzprojekt 1 Punkt und damit je Referenzprojekt max. 4 Punkte vergeben. Für alle Referenzprojekte ist eine maximale Anzahl von 20 Punkten möglich.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Gemäß Ziffern III.2.1), III.2.2) und III.2.3). Die am besten geeigneten Bewerber (mind. 3, max. 5) erhalten nach Auswertung der Teilnahmeanträge detaillierte Ausschreibungsunterlagen und werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die übrigen Bewerber erhalten eine Information über die Nichtberücksichtigung im weiteren Vergabeverfahren.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote : nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

ÖT-K5-157/15

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –

Kostenpflichtige Unterlagen: –

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

22. Mai 2015, 10.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Fragen zum Teilnahmewettbewerb sind schriftlich per E-Mail an die E-Mail-Adresse:

Zentralevergabeestelle@lsbg.hamburg.de

zu richten. Der Teilnahmeantrag ist schriftlich in Papierform im A4-Ordner mit Register einzureichen. Der Umschlag mit dem Teilnahmeantrag ist außen mit dem Hinweis „ÖT-K5-157/15, Bw. Nr. 204A, Amsinckstraßenbrücke – Grundinstandsetzung“ zu versehen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
 Offizielle Bezeichnung:
 Vergabekammer bei der
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Postanschrift:
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
 Deutschland
 Telefax: +49/40/4 28 40-20 39
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
 16. April 2015

ANHANG A**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:** –
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Postanschrift:
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle:
 Zu Händen von RB/ZVA, Zimmer E 01.421
 Hamburg, den 16. April 2015
Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 319

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 15 A 0137

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 – 2 00,
 Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 – 12 00
 E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
 Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
 Vergabe: **15 A 0137**
Tischlerarbeiten
 Maßnahme: 67001 K 1201
 Umsetzung des Brandschutzkonzepts
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
 Prüfungsamt des Bundes,
 Jenfelder Allee 70 a, 22043 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
 Im Gebäude des Prüfungsamtes des Bundes soll ein Brandschutzkonzept umgesetzt werden. Hierzu müssen diverse Türen erneuert bzw. neu eingebaut werden. Die

ausgeschriebene Leistung umfasst den Ausbau und die Entsorgung von 19 Türen mit Zargen und die Lieferung und den Einbau von 21 Türen mit Holztürblättern und Stahlzargen jeweils in T30 RS oder RS. Außerdem müssen 7 vorhandene Türen mit Türschließern nachgerüstet werden.

- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
 Beginn der Ausführung: 16. Juli 2015
 Fertigstellung der Leistung: 30. September 2015
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
 bei Vergabestelle@bba.hamburg.de
 Bewerbungsschluss: 6. Mai 2015
 Versand der Verdingungsunterlagen: 12. Mai 2015
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
 Höhe der Kosten: 7,- Euro
 Zahlungsweise: Banküberweisung
 Empfänger: siehe Buchstabe a)
 Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
 Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
 IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333
 BIC-Code: HASPDEHHXXX
 Verwendungszweck:
 Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0137
 Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
 Hinweis:
 Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
 – auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
 – gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
 – das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
 Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
 Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
 2. Juni 2015, 10.00 Uhr
 Ort: siehe Buchstabe a)
 Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
 Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
 Selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 2. Juli 2015

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 17. April 2015

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

320

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER****I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Frau Iris Peters

Telefon: +49/040/4 28 23 - 27 31

Telefax: +49/040/4 28 23 - 13 64

E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de

Internet-Adresse:

www.ausschreibungen.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
siehe Anhang A.III

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Einrichtung eines Gebietsmanagements und Umsetzung des Integrierten Entwicklungskonzeptes im Fördergebiet der Integrierten Stadtteilentwicklung Osdorfer-Born/Lurup.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Einrichtung eines Gebietsmanagements auf Grundlage des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) im Städtebaufördersegment Soziale Stadt nach § 171 e BauGB. Die Grundlage für die Arbeit des Gebietsmanagements ist das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) der FHH (Drucksache 2012/01470) mit den darin formulierten Aufgaben und Zielen für das Gebietsmanagement. Die Fortsetzung der Städtebauförderung für das Gebiet Osdorfer Born/Lurup wurde am 11. Dezember 2014 durch den Leitungsausschuss Programmsteuerung RISE beschlossen. Auf der Basis des Rahmenprogramms Integrierte Stadt-

teilentwicklung soll für das Fördergebiet Osdorfer-Born/Lurup ein Gebietsmanagement eingerichtet und die Ziele des Integrierten Entwicklungskonzeptes Osdorfer Born/Lurup (IEK) umgesetzt werden. Der geplante Beauftragungsbeginn für das Gebietsmanagement im Fördergebiet Osdorfer-Born/Lurup ist der 1. Januar 2016. Die Beauftragung des Quartiersmanagements erfolgt zunächst für vier Jahre bis zum 31. Dezember 2019 mit der Option auf Verlängerung um jeweils drei weitere Jahre. Diese Angaben erfolgen vorbehaltlich der Beschlüsse der Hamburgischen Bürgerschaft über die Mittelausstattung in den jeweiligen Haushaltsjahren und der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt über die Mittelzuteilung zu Gunsten des Fördergebiets. Das Bezirksamt Hamburg-Altona ist der Auftraggeber für diesen Vertrag. Die Finanzbehörde führt das förmliche Verfahren hierzu durch.

- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71410000
Ergänzende Gegenstände: 75112100, 71400000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Der geschätzte Auftragswert beinhaltet die gesamte Vertragslaufzeit inkl. Verlängerungsoptionen.
Geschätzter Wert ohne MwSt: 485.940,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja
Zahl der möglichen Verlängerungen: 3
Voraussichtlicher Zeitrahmen für Folgeaufträge bei verlängerbaren Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen: 12 Monate
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 48 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Zahlungen im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Eine bestimmte Rechtsform des Anbieters ist nicht erforderlich. Im Falle von Bietergemeinschaften ist ein bevollmächtigter Vertreter, der

die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, zu benennen. Die Bietergemeinschaft haftet gesamtschuldnerisch. Sämtliche durch einen Bieter zu erbringende Nachweise und Erklärungen sind durch jeden Beteiligten der Bietergemeinschaft vollständig zu erbringen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Die Ausführung des Auftrags erfordert sehr gute deutsche Sprachkenntnisse (in Wort und Schrift). Der Auftragnehmer muss durch den Betrieb eines Stadtteilbüros mit mehreren Öffnungstagen pro Woche regelmäßig im Gebiet präsent sein; er muss ferner in hohem Maße fähig sein, Expertenwissen in den Dienst eines komplexen lokalen Willensbildungsprozesses zu stellen und sein Kommunikationsverhalten auf die Möglichkeiten sehr unterschiedlicher Partner auszurichten. Weiter werden Kompetenzen im Bereich der Immobilienwirtschaft, Arbeitsmarktförderung, Qualifizierung und Bildung erwartet. Interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter, die die Arbeit vor Ort tatsächlich erbringen wird vorausgesetzt. Langjährige Erfahrungen in der Durchführung von Verfahren (Quartiers-/Gebietsmanagement) im Städtebaufördersegment Soziale Stadt nach § 171 e BauGB ist Grundvoraussetzung.

III.2) Teilnahmebedingungen

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Der Teilnahmeantrag ist auf dem Formular des Auftraggebers einzureichen, zusätzlich sind die Formulare „Eigenerklärung Bietergemeinschaft“, „Erklärung zur Nichtanwendung der Scientology Technologie“ und „Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit“ einzureichen, sämtliche Unterlagen sind abrufbar unter der E-Mail-Adresse Ausschreibungen@fb.hamburg.de. Die in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise sind in der aufgeführten Reihenfolge vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrags der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen.

Hinweis für Bietergemeinschaften: Die geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss führen.

Einzureichende Unterlagen:

1. Anschreiben mit Darstellung der Unternehmens- und Eigentümerstruktur (Mitarbeiterzahl, Organisation, Personalstruktur des Unternehmens und des Betriebsteils der für die Erbringung der Leistung verantwortlich sein soll), die grundsätzlich angebotenen Leistungen

- gen sowie Ansprechpartner/-in für den Auftrag samt Kontaktdaten (Tel./Faxnummer, E-Mail-Adresse, Adresse).
2. Unterschriebene Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert.
 3. Unterschriebene Erklärung zur Nichtanwendung der „Scientology“ Technologie von L. Ron Hubbard.
 4. Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber wirtschaftlich mit anderen Unternehmen verknüpft ist (z.B. Organisationschema von betreuenden und geschäftsbesorgenden Unternehmen).
 5. Falls zutreffend: Unterschriebene Erklärung Bietergemeinschaft.
- III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Eigenerklärung, das eine Haftpflichtversicherung besteht oder im Falle der Zuschlagserteilung abgeschlossen wird, Mindestdeckungshöhe je Schadensfall Personenschäden: 1.000.000,- Euro, Sonstige Schäden: 500.000,- Euro.
 - Vorlage einer aktuellen Bankenauskunft über das Zahlungsverhalten (nicht älter als drei Monate).
 - Prüfbericht eines Wirtschaftsprüfers (bei ausländischen Bewerbern: vergleichbarer Bericht eines vergleichbaren Prüfers ihres Herkunftslandes) der nicht älter als 18 Monate ist. Sofern kein Wirtschaftsprüfbericht vorgelegt werden kann, hat dies unter Nennung plausibler Gründe zu erfolgen.
 - Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz für die dem Auftrag entsprechenden Dienstleistungen in den letzten drei Geschäftsjahren.
- III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen und privaten Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen unter Angabe von Referenzpersonen (mit Kontaktdaten: min. Ansprechpartner und Telefonnummer).
 - Darstellung des Betriebsteils und der Personalstruktur, der für die Erbringung der Leistung verantwortlich sein soll.
 - Liste mit Namen, Angaben des beruflichen Werdegangs und der Qualifikation der leitenden Angestellten.
 - Angaben zum beruflichen Werdegang und über die berufliche Befähigung der mit der Durchführung betrauten Personen, sowie eine Erklärung, dass die genannten Personen für den Auftrag zur Verfügung stehen.
- Angabe zum Erwerb interkultureller Kompetenzen und zur Mehrsprachigkeit der Mitarbeiter, die die Leistung tatsächlich vor Ort erbringen sollen.
 - Erklärung aus der hervorgeht, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung der Bewerber für die Dienstleistungen verfügen wird.
 - Falls zutreffend: Angaben zum Einsatz von Unterauftragnehmern (Benennung der Unterauftragnehmer und Angaben darüber, welcher Teil der Leistung durch den Unterauftragnehmer abgedeckt wird).
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Maßgebend für die Auswahl ist neben der Erfüllung aller formalen Anforderungen und Kriterien die erreichte Bewertung. Zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden die drei bis fünf Teilnahmeanträge mit den höchsten Bewertungen (Leistungspunkten).
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Teilnehmern:
- In welchem Maße wurden in den letzten Jahren Aufträge zur Durchführung von Verfahren im Städtebaufördersegment Soziale Stadt nach § 171 e BauGB mit vergleichbarer Art und vergleichbarem Umfang übernommen und bewältigt? Je ähnlicher die Referenzen dem Auftrag sind, desto mehr Leistungspunkte werden vergeben (max. 10 Pkt.).
 - In welchem Maße entsprechen die Unternehmensstruktur sowie die Arbeitsfelder und Schwerpunkte der unternehmerischen Tätigkeit den fachlichen Anforderungen des Auftrages (max. 5 Pkt.)?

- In welcher Breite und Qualität bietet das Unternehmen Fachwissen zur bestmöglichen Auftragserfüllung an (max. 5 Pkt.)?
- In welchem Maße, lassen die Qualifikationen und Berufserfahrungen der leitenden Angestellten eine bestmögliche Aufgabenerfüllung erwarten (max. 5 Pkt.)?
- Wird ein eigenständiges Projektteam „Osdorfer Born/Lurup“ angeboten? In welchem Maße, ist die Teamstruktur (Arbeitsteilung) überzeugend dargestellt (Max. 10 Pkt.)?
- Welches Team lässt aufgrund seiner erkennbaren Qualifikationen und der nachgewiesenen Berufserfahrung die beste Auftragserfüllung erwarten (max. 10 Pkt.)?
- In welchem Maße, liegt der Kompetenzschwerpunkt in den Bereichen Beteiligung und Prozessentwicklung (max. 10 Pkt.)?

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Ja

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
2015000025

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 15. Mai 2015, 10.00 Uhr.

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
18. Mai 2015, 10.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

- Es handelt sich vorliegend zunächst um einen Teilnahmewettbewerb, so dass noch kein Angebot einzureichen ist, sondern nur ein Teilnahmeantrag mit den unter Ziff. III. 2) genannten Unterlagen. In einem ersten Verfahrensschritt wird anhand des Teilnahmeantrags die Eignung der Bewerber geprüft. Die geeigneten und nach IV.1.2) ausgewählten Bewerber werden anschließend in einem zweiten Verfahrensschritt zur Abgabe eines Angebots aufgefordert und damit am Verhandlungsverfahren beteiligt.

- Teilnahmeanträge sind ausschließlich in Papierform (ungebunden) in einem verschlossenen Umschlag mit der ergänzenden Angabe „Teilnahmeantrag 2015000025“ bei der unter Anhang A angegebenen Kontaktstelle (Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg) unterschrieben einzureichen und müssen zwingend eine elektronische Zustelladresse (E-Mail-Adresse) enthalten.

- Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich auf dem Post- bzw. Botenwege einzureichen, Teilnahmeanträge die per Fax oder E-Mail eingehen, müssen ausgeschlossen werden.

- Die unter III.2.1) einzureichenden Vordrucke/Eigenerklärungen sind bis zum 15. Mai 2015, 10.00 Uhr über die E-Mail-Adresse: ausschreibungen@fb.hamburg.de oder per Fax unter +49/40/42823-1364 abzufordern und mit den Teilnahmeantrag unterschrieben einzureichen.

- Fragen sind per E-Mail oder Fax an die in Ziffer I.1) ersichtliche Kontaktstelle bis zu 7 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten. Danach eingehende Fragen werden nicht mehr berücksichtigt.

- Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung per E-Mail allen Interessenten, die die Vordrucke/Eigenerklärungen abgerufen haben, zur Verfügung gestellt.

- Die Finanzbehörde behält sich vor, von den Bewerbern auf gesonderte Anforderung entsprechende Bescheinigung (Steuerliche Bescheinigung zur Beteiligung an Öffentlichen Aufträgen bzw. Bescheinigung in Steuer-sachen, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse, Bestätigung des Versicherers usw.) in aktueller Fassung abzufordern.

- Bietergemeinschaften haben in dem Antrag sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie einen bevollmächtigten Vertreter/eine bevollmächtigte Vertreterin zu benennen. Im Falle der Auftragsvergabe haften die Bietergemeinschaften gesamtschuldnerisch. Der Auftraggeber erwartet auch im Fall einer Bieterge-

meinschaft die geschlossene Erbringung der Leistung aus einer Hand. Die unter Punkt III.2.1 und III.2.2 geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

- Sofern sich ein/e Bewerber/in zum Nachweis seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers beruft, hat er/sie die geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen. Die Verantwortung für die Auswahl der Unterauftragnehmer und die Gestaltung der Unteraufträge liegt beim Auftragnehmer.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,
Telefon: +49/040/4 28 23 - 14 48
Telefax: +49/040/4 28 23 - 20 20
E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheit der Unternehmen/Bewerber/Bieter sowie auf die Präklusionsregelung gemäß § 107 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. § 107 Abs. 3 S. 1 GWB lautet: Der Antrag (auf Nachprüfung) ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewertung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101 b Abs. 1 Nr. 2, § 101 a Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Vergabekammer bei der
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,
Telefon: +49/040/4 28 23 - 14 48

Telefax: +49/040/4 28 23 - 20 20
E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:** 15. April 2015

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind: –**

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ver- dingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem): –**

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Hauptgeschäftszimmer, Raum 100
E-Mail:
finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de
Internet-Adresse:
<http://www.ausschreibungen.hamburg.de>

Hamburg, den 15. April 2015

Die Finanzbehörde

321

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Frau Kirsten Spann
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Ersatzneubau und Erweiterung der Heinrich-Hertz-Schule am Standort Grasweg 72-76 in Hamburg – Objektplanung gemäß § 34 HOAI.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
Dienstleistungen
Dienstleistungskategorie Nr: 12
Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio.m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio.m².
In dieser Tätigkeit wurde SBH von der BSB mit dem Ersatzbau eines Pavillongebäudes sowie der Erstellung von Zubaubedarfsflächen am Schulstandort der Stadtteilschule Heinrich-Hertz-Schule, Grasweg 72-76 in Hamburg beauftragt.
1968 wurde am Standort Grasweg die kooperative Gesamtschule Heinrich Hertz gegründet. Sie ist

die erste und größte kooperative Gesamtschule Hamburgs mit ca. 1500 Schülern. Der Gebäudekomplex umfasst 6 Gebäude, welche ab 1907 errichtet wurden. Die herausragenden Schulgebäude sind in den Jahren 1880 und 1925 von Fritz Schumacher errichtet worden. Die Gebäude befinden sich auf einem ca. 22.145m² großen Grundstück mit Sport- und Grünanlagen. Das Gelände grenzt unmittelbar an das Grundstück der staatlichen Handelsschule für Blinde und Sehbehinderte (H/Blin) an. Es besteht seit Jahren ein Kooperationsprojekt zwischen beiden Schulen, welches die Inklusion der Schüler der H/Blin im Bereich der Sekundarstufe II vorschlägt und somit Schülern und Schülerinnen mit Blindenstatus und Seheinschränkung die Möglichkeit gibt, in vertrauter Umgebung gemeinsam mit den Schülern der Gesamtschule die allgemeine Hochschulreife zu erwerben.

Bei der geplanten Baumaßnahme handelt es sich somit um ein Projekt mit besonderen Anforderungen an Inklusion, da in dem Schulgebäude und der Schulkantine beide Schulformen integriert werden sollen. Die Bauaufgabe besteht in dem Abriss eines Schulpavillons und der temporären Nutzungsauslagerung in geeignete Räumlichkeiten, welche ggf. durch die Errichtung von mobilen Klassenräumen geschaffen werden müssen. Der Pavillon soll mit einer NGF von 722m² durch einen Neubau ersetzt werden. Desweiteren besteht ein Zubaubedarf für die H/Blin von 784m². Das vorhandene Kantinegebäude soll durch Umnutzung von Räumen auch Esseneinnahmeflächen für die H/Blin zur Verfügung stellen und die Esseneinnahmefläche für die Heinrich-Hertz-Schule soll vergrößert werden. Hierfür werden in der Summe 300m² Fläche umgebaut. Diese Fläche ist weiterer Ersatzbau im Zusammenhang mit dem zu errichtenden Neubau. Damit ergibt sich eine zu errichtende Gesamtfläche von 1806m² NGF bestehend aus Unterrichts- und Verwaltungsflächen.

Aufgrund der begrenzten Flächen auf dem Schulgelände wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, welche den Standort des neuen Gebäudes auf der Fläche des abgängigen Pavillons in unmittelbarer Nähe zu dem Kantinegebäude favorisiert. Die Machbarkeitsstudie wird (ggf. in Auszügen) allen Bietern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt. Der Verfasser der Machbarkeitsstudie ist von der Teilnahme am Verhandlungsverfahren nicht ausgeschlossen. Die Umsetzung soll im laufenden Schulbetrieb erfolgen. Der Kantenumbau kann erst nach Fertigstellung des Neubaus erfolgen. Maßgeblich muss die Baustelleneinrichtung und Verkehrsführung auf dem gesamten Schulgelände und Straßenumgebung berücksichtigt werden.

Für die Umsetzung der Maßnahme inkl. Abbruch ist ein Budget von 4,3 Mio. Euro brutto (gem. DIN 276 Kostengruppe 200-700) vorgesehen. Der Betrag ist als Kostenobergrenze zu verstehen und wird Bestandteil des Vertrages. Die genannten Maßnahmen sind unter Einhaltung des Budgets sowie unter der Prämisse der standortspezifischen Anforderungen im Rahmen eines Gesamtkonzepts zu entwickeln.

Baubeginn: 2. Quartal 2017

Baufertigstellung: 2. Quartal 2019 (inkl. Umbau)

Planung und Ausführung werden in engem Kontakt mit den Schulleitungen der kooperativen Gesamtschule und H/Blin durch den AG SBH abgestimmt.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 2 Objektplanung gemäß § 34 HOAI.
- Leistungsphasen 3-8 Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.

Die Vergabestelle behält sich vor, von den ausgewählten Bietern gem. § 20 (3) VOF Lösungsvorschläge in Form einer Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen. Die Schulleitungen nehmen in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Ggf. werden weitere Vertreter aus behördlichem Kontext in beratender Funktion teilnehmen (Denkmalschutz). Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 270.000,- Euro (netto) inklusive Nebenkosten geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 270.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

- Leistungsphasen 3-8 Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gemäß § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, ggf. in noch vom AG festzulegenden Stufen.

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 44 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/in insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der jeweilige Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) Teilnahmebedingungen**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- vollständig ausgefüllter Bewerberbogen, anzuordern bei der genannten Kontaktstelle.
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie).
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck).
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck).
- Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck).
- Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck).
- Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck).
- Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck).
- Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck).
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1.
- Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie).
- Anlage 3B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten (siehe III.2.3 sowie IV.1.2).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise

vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).

(B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2012, 2013, 2014). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 250.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2012, 2013, 2014). Hiervon sind im Leistungsbereich Objektplanung gem.

§ 34 HOAI mind. 3 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen. Bietergemeinschaften und Bewerber mit Unterauftragnehmern können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

(B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen:

– Architekt/in für die Leistung Objektplanung gem. § 34 HOAI

(C) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1. Januar 2007) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gem. DIN 276), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

(D) Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gemäß § 34 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangem Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer: 3

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung gem. § 34 HOAI eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), Qualität (0-3 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 22 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3 des Auswahlbogens. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	15 %
2. Lösungsskizze	20 %
3. Qualität	20 %
4. Kundendienst	5 %
5. Ausführungszeitraum	10 %
6. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOF 008/2015

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 22. Mai 2015, 14.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
26. Mai 2015, 14.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählten Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung 25. Kalenderwoche 2015; Einreichung der Honorarangebote 28. Kalenderwoche 2015; Verhandlungsgespräche 29. Kalenderwoche 2015.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
16. April 2015
Hamburg, den 16. April 2015

Die Finanzbehörde

322

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg, U 40 Einkauf/Vergabe, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Telefon: 040/4 28 23 - 63 28, Telefax: 040/4 27 31 - 01 43, E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Eulenkrußstraße 166, 22359 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 17/15 G**
An der Grundschule im Hamburger Stadtteil Volksdorf sind folgende bauliche Maßnahmen vorgesehen: Neubau eines zweigeschossigen Schulgebäudes mit drei Klassenräumen, einem Fachraum, Nebenräumen und GBS-Flächen in Holzmassivbauweise inkl. eines geschlossenen Plattform-Aufzuges. Herrichten der Außenanlagen. Separate Umbauarbeiten im Innenbereich eines bestehenden Verwaltungsgebäudes inkl. geringen Änderungen der TGA. Die Baumaßnahmen werden während des laufenden Schulbetriebs am Standort ausgeführt.
Hierfür kommen vorliegend folgende Gewerke zur Ausschreibung:
– Los 1 Rohbauarbeiten
– Los 2 Trockenbauarbeiten
– Los 3 Zimmer- und Holzbauarbeiten
– Los 4 Tischlerarbeiten
– Los 5 Starkstromanlagen

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

g) Entfällt

h) Los 1 Rohbauarbeiten

- Schal-, Bewehrungs- und Betonierarbeiten für Fundamentherstellung und Sohlplatte in Stahlbeton WU 205 m³, Herstellen kapillarbrechende Schicht & Sauberkeitsschicht, Wärmedämmung XPS unterhalb Sohlplatte 400 m².
- Staubschutzmaßnahmen, Abbrucharbeiten von Mauerwerk 31 m², Trockenbau, Türen 8 Stck. und Deckenelementen ca. 180 m², Estrichabbruch 30 m², Abbruch von Bodenbelägen 120 m², Maurer- und Putzarbeiten ca. 80 m².

Los 2 Trockenbauarbeiten

- Leichtbauwände und Vorwände in Gipskartonbauweise ca. 690 m², F-90 Verkleidung Lüftungsschacht, Rasterdecken 56 m² GK-Decken gelocht und unge-
locht ca. 100 m², Holz-Innentür-Elemente mit und ohne Brandschutzanforderungen 8 Stck., Türblätter+ Stahlzargen 12 Stck., Drückergarnituren und Obentürschließer, Sanitärrennwände.
- Leichtbauwände mit und ohne Brandschutzanforderungen 95 m², Unterdecke als Rasterdecke 180 m², T30 RS-Holz-Innentür-Elemente 7 Stck., Stahlzargen, Türbeschläge.

Los 3 Zimmer- und Holzbauarbeiten

- Gebäudekonstruktion bestehend aus Brettspertholz Außen- und Innenwänden 1080 m², BSH-Stützen und Trägern, Brettstapeldecken mit Akustikprofilierung 940 m², Fassadenverkleidung als Faserzementtafeln und Holzbekleidung inkl. Unterkonstruktion und Dämmung ca. 550 m².

Los 4 Tischlerarbeiten

- Holz-Innentürelemente mit und ohne Brandschutzanforderungen 10 Stck., Holz-Alu-Außenfensterelemente 40 Stck., Decken-Akustikelemente 100 m², Wandeinbauschränk, Stehtische und Sitzmöbel, Fensterbänke teilweise als Sitzbank ausgebildet ca. 70 m.
- Reparatur bestehender Holzfenster 65 Stck., Holzinnen- und Außentüren 16 Stck. sowie einer Lichtkuppel/Dachausstiegsluke (soweit erforderlich).

Los 5 Starkstromanlagen

- 105 m Hausanschluss mit Anschluss an die NSHW,
- 2 St. Messeinrichtung sowie Niederspannungsverteilung,
- 7600 m Kabel und Leitungen, 500 m Verlegesysteme, 20 St. Brandschottungen,
- 235 St. Schuko-Steckdosen, Schalter und Brennstellen,
- 44 St. Sicherheitsbeleuchtung,
- 125 St. Leuchtenmontage, Blitzschutz- und Erdungsanlage (140 m Fanganlage, 210 m Ringerder),
- 2 St. Sicherungsverteilungen, 1018 m Kabel u. Leitungen, 44 m Verlegesysteme,
- 12 St. Brandschottungen, 14 St. Bohrungen, 15 St. Durchbrüche,

- 88 St. Schuko-Steckdosen, Schalter und Brennstellen,
- 12 St. Sicherheitsbeleuchtung, 45 St. Leuchtenmontage.

Angebote sind für die Lose einzeln abzugeben. Es ist möglich, für ein, mehrere oder alle Lose Angebote abzugeben. Bzgl. der Abforderung der Unterlagen beachten Sie bitte Buchstabe l).

i) Baubeginn: ca. 23. Kalenderwoche 2015

Bauende: ca. 18. Kalenderwoche 2016

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 17. April 2015 bis 12. Mai 2015, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro **pro LOS**

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:

SBH Schulbau Hamburg,

Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,

IBAN DE 252 00000000020101529,

BIC MARKDEF1200,

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,

Verwendungszweck: SBH VOB Ö 17/15 G

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten, dass der Betrag von 10,- Euro **pro LOS** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen. Auf der Anforderung bitte die Belegenheit, das Gewerk und die Vergabenummer angeben.

m) Entfällt

n) Die Angebote können

für Los 1 bis zum 13. Mai 2015 bis 10.00 Uhr,

für Los 2 bis zum 13. Mai 2015 bis 10.30 Uhr,

für Los 3 bis zum 13. Mai 2015 bis 11.00 Uhr,

für Los 4 bis zum 13. Mai 2015 bis 11.30 Uhr und

für Los 5 bis zum 13. Mai 2015 bis 13.30 Uhr eingereicht werden.

o) Anschrift:

SBH | Schulbau Hamburg,

U 40 Einkauf/Vergabe,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt

für Los 1 am 13. Mai 2015 um 10.00 Uhr,

für Los 2 am 13. Mai 2015 um 10.30 Uhr,

für Los 3 am 13. Mai 2015 um 11.00 Uhr,

für Los 4 am 13. Mai 2015 um 11.30 Uhr und

für Los 5 am 13. Mai 2015 um 13.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bei der Submission zugelassene Personen:

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

oder

- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate),
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate) und/oder gültige Freistellungsbescheinigung,
 - Umsätze aus den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014),
 - mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als fünf Jahre.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 11. Juni 2015.
- w) Beschwerdestelle:
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 16. April 2015

Die Finanzbehörde

323

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefon: 040/4 28 23 - 63 28,
 Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Bogenstraße 59, 22523 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 20/15 G**
Umbau und Sanierung von Haus 1 und 2, sowie Einbau eines Aufzugs.
 Sanierungsarbeiten Innen:
- alle Sanitärbereiche inkl. aller Leitungen sanieren
 - komplette Elektro erneuern
 - die Heizung anpassen sowie alle Leitungen erneuern
 - Bodenbelag austauschen
 - Einbau alle Innenfensterbänke
 - Einbau Aufzug
 - alle Räume sanieren
 - Schadstoffsanierung innen
 - Erneuerung der TGA
 - Ertüchtigung des Brandschutzes
 - Herstellen von Barrierefreiheit

Das Gebäude wird während der Bauphase nicht von der Schule genutzt und wird bis auf die Sporthalle leer stehen.

- Los 1 Sanitärarbeiten
- Los 2 Heizungsarbeiten
- Los 3 Lüftung
- Los 4 Elektroarbeiten
- Los 5 Gebäudeautomation
- Los 6 Schadstoffsanierung
- Los 7 Malerarbeiten

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

g) Entfällt

h) Los 1 Sanitärarbeiten

Demontagen samt Entsorgung von Gas-, Wasser- und Abwasserleitungen, ca. 300 m

Lieferung und Montage von:

- Rohraufhängung, ca. 520 Stück
- Abwasserleitung, ca. 370 m
- Wasserleitung, ca. 540 m
- Bauwasseranschluss, ca. 1 Stück
- Brandschottungen, ca. 30 Stück
- WC-Anlagen inkl. Installationselement, ca. 230 Stück
- WT-Anlagen inkl. Installationselement, ca. 20 Stück
- Reduzierung des vorhandenen Gasanschluss samt aller Installationen, ca. 1 Stück

Los 2 Heizungsarbeiten

- Aufbau des kompletten Heizungsnetzes, ca. 1 Stück
- Ergänzung des Netzes um einen Regelkreis, ca. 1 Stück
- Modifizierung der vorhandenen Brennwertheizkessel auf einen Kaskadenbetrieb, ca. 1 Stück
- Lieferung und Montage von Heizungsleitungen, ca. 2.700 m und Heizkörpern, ca. 200 Stück

Los 3 Lüftung

- Demontage Abluftanlage Lehrer-WC im EG, ca. 1 Stück
- Demontage Abluftanlage Labortechnische Anlagen im 3. OG, ca. 1 Stück
- Montage eines Ablüfters im Ruderlager, ca. 1 Stück
- Montage eines ex-geschützten Ablüfters im Batterieraum, ca. 1 Stück
- Montage eines Ablüfters im WC-Bereich, ca. 2 Stück
- Montage eines Ablüfters für ein Digestorium, ca. 1 Stück
- Montage eines Ablüfters für Chemikalienschrank, ca. 1 Stück
- Entrauchungsklappe für den Aufzugsschacht, ca. 1 Stück

Los 4 Elektroarbeiten

Demontagen samt Entsorgung:

- Demontage alten Leitungen, ca. 9.700 m
- Demontage Schalter, Steckdosen, ca. 700 Stück
- Demontage Kabelkanal, Schutzrohre, ca. 1.000 m
- Demontage und Entsorgung SiBe, ca. 1 Stück
- Demontage E- Unterverteiler, ca. 15 Stück

- Demontage Leuchten, ca. 600 Stück

Lieferung und Montage von:

- Baustromverteiler, ca. 10 Stück
- Baustromkabel, ca. 500 m
- Schalter, Steckdosen, ca. 2.000 Stück
- Fenster- Steuerzentralen, ca. 5 Stück
- Kabel- und Leitungen, ca. 37.000 m
- Brandschottungen, ca. 100 Stück
- Kabel-Schutzrohre, Kanäle, ca. 1.000 m
- Kabelrinne, ca. 1.600 m

Lieferung und Montage von:

- Zentrales Batteriesystem 230V/216V AC/DC 51Ah, ca. 1 Stück
- NSHV, ca. 1 Stück
- Zählerschrank, ca. 1 Stück

Lieferung und Montage von bauseits gelieferten ortsfesten Leuchten und Sicherheitsleuchten:

- Decken, Wandleuchten, Pendelleuchten, ca. 890 Stück
- Rettungskennzeichenleuchten, Sicherheitsleuchten, ca. 230 Stück

Los 5 Gebäudeautomation

- zusätzlicher Heizkreis (Pumpe, Drei-Wege Ventil, VL,RL Temperatur usw.), ca. 1 Stück
- zusätzliche Motorklappe für eine Kesselskadenregelung, ca. 1 Stück
- Trinkwassereinspeisung (1x Rückspülfilter, 1x Wasserzähler M-Bus), ca. 1 Stück
- Abluftanlage + Brandschutzventil, ca. 1 Stück
- Feuchteüberwachung Aufzugschacht + Ansteuerung Oberlicht, ca. 1 Stück
- Meldungen je RWA-Zentralen (Anzahl 2), ca. 2 Stück
- Meldung RWA Aufzug (Anzahl 1), ca. 1 Stück
- M-Bus Zähler: Gas, Wärmemenge und Elektro, ca. 3 Stück
- Störmeldung BMA, ca. 1 Stück
- Störmeldung SiBe, ca. 1 Stück
- Störmeldung Überspannungsschutz GHV, ca. 1 Stück
- Erweiterung Schaltschrank, ca. 1 Stück
- DDC Verbindung mit TCP/IP und Kommunikation mit dem Hausmeister PC, ca. 1 Stück
- J-Y(St)Y 2x2x0,8, ca. 450 m
- J-Y(St)Y 4x2x0,8, ca. 400 m
- NYM-J 3x1,5, ca. 200 m
- div. Verlegesysteme, ca. 1 Stück
- Demontage Leitungen sowie Feldgeräte zur Wiederverwendung sichern, ca. 1 Stück

Los 6 Schadstoffsanierung

- Ausbau von asbesthaltigen Flächen, ca. 210 m²
- Abstemmen asbesthaltiger Wand- und Deckenbekleidungen, ca. 450 m²
- Demontage asbesthaltige Haustechnik, ca. 283 Stück

Los 7 Malerarbeiten

- Innenwände streichen, ca. 11.000 m²
- Decken streichen, ca. 5.000 m²
- Fußleisten lackieren, ca. 2.000 m²
- Estrich lackieren, ca. 450 m²

Angebote sind für die Lose einzeln abzugeben. Es ist möglich, für ein, mehrere oder alle Lose Angebote abzugeben. Bzgl. der Abforderung der Unterlagen beachten Sie bitte Buchstabe l).

- i) Baubeginn: Juli 2015
Bauende: Juli 2016
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 20. April 2015 bis 17. Mai 2015, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro **pro LOS**
Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
IBAN DE 252 0000000020101529,
BIC MARKDEF1200,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: SBH VOB Ö 20/15 G

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten, dass der Betrag von 10,- Euro **pro LOS** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen. Auf der Anforderung bitte die Gelegenheit, das Gewerk und die Vergabenummer angeben.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können
für Los 1 bis zum 18. Mai 2015 bis 10.00 Uhr,
für Los 2 bis zum 18. Mai 2015 bis 10.30 Uhr,
für Los 3 bis zum 18. Mai 2015 bis 11.00 Uhr,
für Los 4 bis zum 18. Mai 2015 bis 11.30 Uhr,
für Los 5 bis zum 18. Mai 2015 bis 13.00 Uhr,
für Los 6 bis zum 18. Mai 2015 bis 13.30 Uhr und
für Los 7 bis zum 18. Mai 2015 bis 14.00 Uhr
eingereicht werden.
- o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt
für Los 1 am 18. Mai 2015 um 10.00 Uhr,
für Los 2 am 18. Mai 2015 um 10.30 Uhr,
für Los 3 am 18. Mai 2015 um 11.00 Uhr,
für Los 4 am 18. Mai 2015 um 11.30 Uhr,
für Los 5 am 18. Mai 2015 um 13.00 Uhr,
für Los 6 am 18. Mai 2015 um 13.30 Uhr und
für Los 7 am 18. Mai 2015 um 14.00 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
- Bei der Submission zugelassene Personen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
- oder
- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate),
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate) und/oder gültige Freistellungsbescheinigung,
 - Umsätze aus den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014),
 - mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als fünf Jahre.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 16. Juni 2015.
- w) Beschwerdestelle:
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefax: 040/427 31 - 01 37

Hamburg, den 17. April 2015

Die Finanzbehörde

324

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefon: 040/428 23 - 62 86,
 Telefax: 040/427 31 - 01 43,
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Christian-Förster-Straße 19-21, 20253 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 21/15 AS**
Zubau von Klassenräumen und Sporthallen
 Das Gymnasium Hoheluft wird um einen dreigeschossigen Neubau mit Unterrichtsräumen, Gemeinschaftsräumen, Mensa und zwei Zweifeldsporthallen erweitert. Der Neubau hat ca. 8240 m² BGF.
Malerarbeiten-Bodenbeschichtung
 Auszuführen sind ca. 4750 m² Bodenbeschichtung auf Zementestrich aus fertiger Nutzbelag, sowie ca. 2440 m Fußleisten.
 HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- g) Entfällt

- h) Entfällt
- i) Baubeginn: 4. August 2015
 Bauende: 29. Oktober 2015
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 21. April 2015 bis 11. Mai 2015, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro
 Erstattung: Nein
 Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
 Empfänger:
 SBH Schulbau Hamburg,
 Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
 IBAN DE 252 00000000020101529,
 BIC MARKDEF1200,
 Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
 Verwendungszweck: SBH VOB Ö 21/15 AS
 Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 12. Mai 2015 bis 11.10 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
 SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt 12. Mai 2015 um 11.10 Uhr.
 Anschrift: siehe Buchstabe o).
 Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
- oder
- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate),
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013),
 - mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre
- und
- gültige Freistellungsbescheinigung.

Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 10. Juni 2015.
 w) Beschwerdestelle:
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefax: 040/42731-0137

Hamburg, den 20. April 2015

Die Finanzbehörde

325

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefon: 040/42823-6286,
 Telefax: 040/42731-0143,
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
 b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und
 Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
 c) Entfällt
 d) Öffentliche Ausschreibung
 e) Paul-Sorge-Straße 133/135, 22455 Hamburg
 f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 22/15 AS**

Abriss H-Gebäude sowie Garagen und Schuppen

Im Rahmen eines geplanten Schulneubaus muss im Vorwege ein eingeschossiges Bestandsgebäude sowie mehrere Nebengebäude, zwecks Baufeldfreimachung abgerissen werden. Die Ausführung hierfür sollte vornehmlich in den Sommerferien 2015 erfolgen.

Abbrucharbeiten

Das Leistungsverzeichnis umfasst im Wesentlichen folgende Leistungen:

- Komplettabbruch eines bestehenden Schulgebäudes (dem sogenannten H-Gebäude) mit einer Nettogrundfläche von ca. 1600 m² bis einschließlich Bodenplatte und Gründung. Die Teilunterkellerung bleibt inkl. Decke über Untergeschoss erhalten. Im Bereich der Unterkerkerung werden das Dach- und Erdgeschoss bis Oberkante der Decke über Untergeschoss abgebrochen.
- Abbruch einer Garage.
- Abbruch einer Laube/Garage.
- Abbruch von Fußwegüberdachungen.
- Entsorgung sämtlicher Abbruchmaterialien.
- Rückbau technischer Anlagen im KG.
- Provisorium zur ELT-Versorgung Verwaltungstrakt.
- Erdarbeiten zum Schutz der Kellerräume.

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsansprüchen nach dem HmbTG sein.

- g) Entfällt
 h) Entfällt
 i) Baubeginn: Mitte Juli 2015
 Bauende: Ende September 2015

- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
 k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 21. April 2015 bis 11. Mai 2015, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

SBH Schulbau Hamburg,
 Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
 IBAN DE 252 0000000020101529,
 BIC MARKDEF1200,
 Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
 Verwendungszweck: SBH VOB Ö 22/15 AS

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.

- m) Entfällt
 n) Die Angebote können bis zum 12. Mai 2015 bis 14.00 Uhr eingereicht werden.
 o) Anschrift:
 SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
 p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
 q) Die Eröffnung der Angebote findet statt 12. Mai 2015 um 14.00 Uhr.
 Anschrift: siehe Buchstabe o).
 Bieter und ihre Bevollmächtigten.
 r) Siehe Vergabeunterlagen.
 s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
 t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
 u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

oder

- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate),
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013),
 - mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre
- und
- gültige Freistellungsbescheinigung.

Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 10. Juni 2015.

w) Beschwerdestelle:
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 20. April 2015

Die Finanzbehörde

326

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg
 Postanschrift:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 U 40 Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von: Frau Anna Schubert
 Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86
 Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des
 Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerbli-
 chen Dialog und ein dynamisches Beschaffungs-
 system) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
 anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber be-
 schafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftrag-
 geber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
 Auftraggeber:
 Marie-Beschütz-Schule, Erikastraße 41, 20251
 Hamburg, diverse hochbauliche und technische
 Gewerke.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung:
 Bauauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung
 oder Dienstleistungserbringung:
 Erikastraße 41, 20251 Hamburg
 NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-
 vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-
 fungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen
 Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:
 Die ehemalige Wolfgang-Borchert-Schule im
 Hamburger Stadtteil Eppendorf mit rund 5237 m²
 NGF wird zur Ganztagsgrundschule umgebaut
 und erweitert. Ein Verbindungsbau zwischen den
 beiden bestehenden Schulgebäuden wird neu
 erstellt. In dieser Bekanntmachung werden fol-
 gende Gewerke veröffentlicht:
 – Los 1 Aufzugsanlagen
 – Los 2 Tischler-Fenster
 – Los 3 Estricharbeiten
 – Los 4 Brandschutz
 – Los 5 Gerüstbauarbeiten
 – Los 6 Dacharbeiten
 – Los 7 Fassade/Sonnenschutz
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV)
 Hauptgegenstand: 45214210
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
 Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Gemäß Schwellenwertberechnung wird der Ge-
 samtauftragwert über alle Lose auf ca. 1.998.300,–
 Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatz-
 steuer geschätzt.
 Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.998.300,– Euro.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw.
 Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Laufzeit: 28 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
 - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
 - Umsätze aus den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014).
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als 3 Jahre.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 23/15 AS
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja
Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABI: 2015/S 018-028074 vom 27. Januar 2015
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 26. Mai 2015, 12.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,– Euro pro LOS
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.
Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 25 00000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 23/15 AS
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,– Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.
Bitte beachten: Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
27. Mai 2015, 10.10 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählten Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 27. Mai 2015, 10.10 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung (U 1)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 -01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
20. April 2015

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Behörde für
Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN**

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Marie-Beschütz-Schule, Erikastraße 41, 20251 Hamburg, diverse hochbauliche und technische Gewerke.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Aufzugsanlagen

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Aufzugsanlagen; zur näheren Beschreibung der Maßnahme siehe Ziffer II.1.5
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45313100
- 3) **Menge oder Umfang:**
Personenaufzug, 5 Haltestellen, bis 1 000 kg.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 42.568,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 19 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: August 2015 bis März 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 27. Mai 2015 um 10.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Tischlerarbeiten – Fenster

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Tischlerarbeiten – Fenster; zur näheren Beschreibung der Maßnahme siehe Ziffer II.1.5
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45421132
- 3) **Menge oder Umfang:**
RWA Fenster TRH 2 Stück, Innenfensterbänke, Holzwerkstoff 400 lfm, Außenfenster Holz 900 m².
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 375.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 11 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: September 2015 bis Juli 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 27. Mai 2015 um 10.40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 3**Bezeichnung:** Estricharbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Estricharbeiten; zur näheren Beschreibung der Maßnahme siehe Ziffer II.1.5
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45262320
- 3) **Menge oder Umfang:**
Estrich schwimmend 7 000 m².
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 232.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 7 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juli 2016 bis Dezember 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 27. Mai 2015 um 11.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 4**Bezeichnung:** Brandschutz

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Brandschutz; zur näheren Beschreibung der Maßnahme siehe Ziffer II.1.5
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45343100
- 3) **Menge oder Umfang:**
Brandschutzspritzputz 2000 lfm, Brandschutzverkleidung 3300 m².
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 303.380,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 1 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: September 2015 bis Oktober 2015. Die Öffnung der Angebote findet statt am 27. Mai 2015 um 11.40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 5**Bezeichnung:** Gerüstbau

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Gerüstbau; zur näheren Beschreibung der Maßnahme siehe Ziffer II.1.5
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45262100
- 3) **Menge oder Umfang:**
Fassadengerüst 5500 m², Innengerüste Treppenhäuser 4 Stück.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 232.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 13 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: August 2015 bis Mai 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 27. Mai 2015 um 13.30 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 6**Bezeichnung:** Dachdeckerarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Dachdeckerarbeiten; zur näheren Beschreibung der Maßnahme siehe Ziffer II.1.5
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45261210
- 3) **Menge oder Umfang:**
Rinnen, Fallrohre, Attikaausbildung 750 lfm, Dämmung, Entwässerung, Ergänzung Dachziegel 2700 m², RWA 2 Stück, Dachsicherungsmaßnahmen 1 psch, Wasserschäden im Dachgeschoss sanieren 1 psch.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 189.981,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 12 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: November 2015 bis Oktober 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 27. Mai 2015 um 14.00 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 7**Bezeichnung:** Fassade/Sonnenschutz

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Fassade/Sonnenschutz; zur näheren Beschreibung der Maßnahme siehe Ziffer II.1.5
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45443000
- 3) **Menge oder Umfang:**
Außenfenster, Fensterband DG, Zulage Öffnungsflüge 1250 m², Eingangstüren 2-flg 6 Stück, WindfangBasisgeschoss 2 Stück, Sonnenschutz 600 m², Getriebemotoren für Sonnenschutz und Halterung 2 psch.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 698.596,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 12 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: November 2015 bis Oktober 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 27. Mai 2015 um 14.30 Uhr in Raum 004.

Hamburg, den 20. April 2015

Die Finanzbehörde

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71f K 55+68/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Troplowitzstraße 9, 9a, Wrangelstraße 120, 122, 124 belegene, im Grundbuch von Lokstedt Blatt 10226 und Blatt 10290 eingetragene Wohnungsbzw. Teileigentum, bestehend aus a) 12252/1000000 und b) 200/1000000 Miteigentumsanteilen an dem 3688m² großen Flurstück 4888, verbunden mit dem Sondereigentum an a) der Wohnung und dem Keller Nummer 4 und b) dem Tiefgaragenstellplatz Nummer ST 02, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete etwa 61,93m² große 2-Zimmer-Wohnung befindet sich im I. Obergeschoss rechts des Gebäudeteils Troplowitzstraße 9. Die Wohnung gehört zu einer Wohnungseigentumsanlage von 66 Wohnungen und 62 Tiefgaragenstellplätzen. Zur Wohnung gehören ein Kellerraum und ein Balkon. Der Tiefgaragenstellplatz ist ein üblicher Stellplatz in einer recht großen Sammelgarage. Er soll nicht vermietet sein.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: a) 136000,- Euro, b) 10000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 24. Juni 2015, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am a) 28. Oktober 2014 und b) 2. Dezember 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungs- bzw. Teileigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht,

wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 24. April 2015

Das Amtsgericht, Abt. 71
328

Zwangsversteigerung

902 K 33/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Kuriergang 9 belegene, im Grundbuch von Schiffbek Blatt 7272 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 3390/10000 Miteigentumsanteilen an dem 515m² großen Grundstück (Flurstück 1471) verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Kellerräumen, im Aufteilungsplan mit Nummer 1 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die zum Zeitpunkt der Begutachtung leerstehende 4-Zimmer-Wohnung nebst Nebenräumen und Wintergarten ist im Erdgeschoss eines dreigeschossigen, etwa 1975 errichteten Mehrfamilienhauses mit insgesamt 5 Wohneinheiten belegen und hat eine Größe von etwa 110,84m². Zum Sondereigentum gehört das Sondernutzungsrecht an einer Gartenfläche. Die Wohnung ist komplett modernisierungsbedürftig.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 136000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 2. Juli 2015, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertor-damm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.34, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 21. Oktober 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der

Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 24. April 2015

Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg
Abteilung 902
329

Zwangsversteigerung

902 K 8/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Winterhuder Weg 41, 43, 45, 47, 47a, 47b, 49, 51, 53, 53a, 53b, 53c, 53d, Zimmerstraße 41, 43, 47, 49, 51, 53 belegene, im Grundbuch von Uhlenhorst Blatt 7329 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 49/10000 Miteigentumsanteilen an dem 10727m² großen Grundstück (Flurstück 1394) verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum, im Aufteilungsplan jeweils mit Nummer 77 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich bei dem Sondereigentum um eine vermietete 2 1/2-Zimmer-Wohnung mit einer Wohnfläche von etwa 60m². Die Wohnung befindet sich im II. Obergeschoss des fünfgeschossigen, unterkellerten Mehrfamilienwohnhauses Winterhuder Weg 53 und verfügt überwiegend über eine mittlere Ausstattung. Das Baujahr des 2008 Wohneinheiten umfassenden Wohnkomplexes war etwa 1959. 2003 erfolgte eine Aufstockung mit Dachgeschossausbau. Die Beheizung erfolgt über Fernwärme. Die Wohnung ist seit etwa 38 Jahren an die derzeitigen Mieter vermietet und wurde erst nach Überlassung an den Mieter in Wohnungseigentum umgewandelt; demgemäß ist gem. § 577a BGB i. V.m. der Kündigungs-schutzfristverordnung vom 12. November 2013 (HmbGVBl. 2013 S. 458) eine Kündigung des Mietverhältnisses unter Berufung auf die Gründe des § 573 Absatz 2 Nummern 2 oder 3 BGB für die Dauer von 10 Jahren nach der ersten Veräußerung ausgeschlossen. Die erste Veräußerung der Wohnung erfolgte am 14. April 2008. Bietinteressenten wird dringend geraten, das Gutach-

ten einzusehen. In dem Versteigerungstermin vom 26. Februar 2015 ist der Zuschlag bereits aus den Gründen des § 74a Absatz 1 ZVG versagt worden, so dass der Zuschlag weder aus den Gründen des § 74a ZVG (sogenannte 7/10 Grenze) noch aus denen des § 85a ZVG (sogenannte 5/10 Grenze) nochmals versagt werden darf.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 190 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 3. September 2015, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertor-damm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.34, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 10. April 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 24. April 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902

330

Zwangsversteigerung

323 K 1/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Bernstorffstraße 89 belegene, im Grundbuch von Altona-Nord Blatt 3841 eingetragene 118 m² große Grundstück (Flurstück 897), durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Das Grundstück ist mit einem teilunterkel-

lerten Mehrfamilienhaus mit unterlagerten Gewerbeeinheiten bebaut. Die beiden Gewerbeeinheiten befinden sich im Erdgeschoss; die Gewerbe-/Nutzfläche beträgt insgesamt 103,7 m². Die Einheiten verfügen über separate Eingänge und werden als stilles handwerkliches Gewerbe einschließlich Verkauf und als Küchenvermietung genutzt. Zu den Gewerbeeinheiten gehören Wirtschafts-, Nutzräume im Kellergeschoss. Dort befinden sich auch die Sanitärräume. Im I. Obergeschoss befindet sich eine 3-Zimmer-Wohnung (mit Flur, Bad, Küche und Balkon) mit einer Wohnfläche von 68,65 m². Die Wohnung im II. Obergeschoss und im ausgebauten Dachgeschoss verfügt über eine Wohnfläche von 138,8 m². Die Wohnfläche verteilt sich auf 6 Zimmer, Küche, Flure, Bad, WC-Raum. Die Wohnung hat in jedem Geschoss einen Balkon. Die Gewerbeeinheiten und die Wohnung im I. Obergeschoss sind vermietet, im Übrigen besteht Eigennutzung. Das Gebäude wurde etwa 1860 erbaut. Im Jahre 2002 erfolgte eine umfangreiche Modernisierung des Gebäudes. Wärme- und Warmwasserversorgung erfolgt über eine Erdgaszentralheizung.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 786 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 15. Juli 2015, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de (mit Gutachterdownload).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 15. Januar 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der

Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 24. April 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**

Abteilung 323

331

Zwangsversteigerung

417 K 21/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21031 Hamburg, Am Beckerkamp 14 belegene, im Grundbuch von Lohbrügge Blatt 6076 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 237/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 8540 m² großen Flurstück 4435, verbunden mit dem Sonder Eigentum an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 247, durch das Gericht versteigert werden.

Die 1-Zimmer-Wohnung zu einer Größe von etwa 29,90 m² befindet sich im V. Obergeschoss einer vermutlich im Jahr 1994 errichteten siebengeschossigen Großwohnanlage. Zweckmäßiger Grundriss mit Balkon nach Südosten, einfache Ausstattung, (noch) gute Instandhaltung. Wohngeld: 136,- Euro. Zum Zeitpunkt des Ortstermins war das Objekt vermietet. Miete 299,- Euro.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 55 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 16. Juni 2015, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 107 d, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Telefon: 040/42891-2393/-2192. Infos auch im Internet unter www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 8. August 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, andernfalls werden sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Hamburg, den 24. April 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 417

332

Zwangsversteigerung

616 K 41/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung zur Aufhebung der Gemeinschaft (§ 180 ZVG) soll das in der Neugrabener Bahnhofstraße 90, 21149 Hamburg belegene, im Grundbuch von Fischbek Blatt 4163 eingetragene Erbbaurecht an dem 505 m² großen Grundstück (Flurstück 2971), durch das Gericht versteigert werden.

Erbbaurecht mit einer Laufzeit von 99 Jahren seit dem 7. April 1967 (rechnerische Restlaufzeit: 51 Jahre). Das Grundstück ist bebaut mit einem eingeschossigen, teilunterkellerten Einfamilienhaus (Bj. 1944; ehemaliges Behelfsheim) mit Anbau (Bj. 1957). Modernisierung 2004. Wohnfläche etwa 65 m², verteilt auf 3 Zimmer, Küche, Sanitärraum. Kellergarage. Gaszentralheizung. Warmwasserversorgung über Heizung. Die Nutzung erfolgt durch einen der Erbbauberechtigten. Für die Erteilung des Zuschlags ist die Zustimmung der Erbbaurechts herausgeber erforderlich. Es gelten die Bestimmungen des ersten Versteigerungstermins.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 114 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 9. Juni 2015, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040 / 4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 5. September 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren,

sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 24. April 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

333

Zwangsversteigerung

616 K 40/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in der Zeidlerstraße 52r, 21107 Hamburg belegene, im Wohnungsgrundbuch von Wilhelmsburg Blatt 8512 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1408/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 17 230 m² großen Flurstück 11274, verbunden mit dem Sondereigentum an dem Reihenhauses-Atrium, bezeichnet mit Nummer B20, dem Sondernutzungsrecht an der Terrassen- und Gartenfläche sowie Garage und dem Kellerersatzraum, bezeichnet jeweils mit B20, durch das Gericht versteigert werden.

Das nicht unterkellerte und eigen genutzte Reihennittelhaus (Baujahr etwa im Jahr 2001) verfügt über eine Wohnfläche von rund 123 m² inkl. der ½ Terrassenfläche und ist wie folgt aufgeteilt: Erdgeschoss (40 m²): Eingangsflur, Küche, Gäste-WC, Wohn-/Essbereich mit Zugang zur Terrasse/Gartenanteil, Aufgang in die Obergeschosse. I. Obergeschoss (42 m²): Flur, Bad und 2 Zimmer. II. Obergeschoss (36 m²): Flur, 2 Zimmer, Bad und Dachterrasse. Heizung/Warmwasserversorgung: Gaszentralheizung mit Warmwasserversorgung. Wohngeld im Jahr 2014: 86,- Euro monatlich.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 265 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 16. Juni 2015, 11.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040 / 4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungspool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 4. August 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 24. April 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

334

Zwangsversteigerung

717 K 54/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Eulenkamp 48, 48a, 48b, 50, 52, 54 belegene, im Grundbuch von Wandsbek Blatt 11486 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1106/100 000 Miteigentumsanteilen an dem 2721 m² großen Flurstück 2502, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Abstellraum, im Aufteilungsplan mit der Nummer 56 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die 2-Zimmer-Wohnung zu einer Größe von etwa 46 m² befindet sich im III. Obergeschoss Mitte des Gebäudeteils „Eulenkamp 48“. Ursprüngliche Errichtung des Gebäudes 1931, Wiederaufbau 1952. Beheizung über Fernwärme, Warmwasserversorgung über elektrische Durchlauferhitzer. Laut Gutachten vom 30. August 2013 befindet sich die Wohnung in einem mäßigen

828

Freitag, den 24. April 2015

Amtl. Anz. Nr. 32

bzw. teilweise sehr mäßigen Instandhaltungszustand. Zum Zeitpunkt des Orts-termins (23. August 2013) bestand ein Mietverhältnis.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 70 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 11. Juni 2015, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, I. Stock, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Tele-

fon: 040/4 28 81 -2910/-2911/-2150. Infos auch im Internet unter www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 30. Dezember 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem

Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden. Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstand tritt.

Hamburg, den 24. April 2015

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**
Abteilung 717

335

Sonstige Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

GMH-275 Grundschule Grumbrechtstraße Lose 1-4: Dachabdichtung/Wärmedämmverbundsystem/ Gerüstbau/Metallarbeiten

Die GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH schreibt im Rahmen einer Öffentlichen Ausschreibung folgende Bauleistungen an der Integrativen Grundschule Grumbrechtstraße in Hamburg-Heimfeld aus:

Los 1: Dachabdichtungsarbeiten
(Ausführungsbeginn: 1. August 2015)

Los 2: Wärmedämmverbundsystem
(Ausführungsbeginn: 1. April 2016)

Los 3: Gerüstbau
(Ausführungsbeginn: 1. Oktober 2015)

Los 4: Metallarbeiten
(Ausführungsbeginn: 1. Oktober 2015)

Angebote sind für die Lose einzeln abzugeben. Es ist möglich, für ein, mehrere oder alle Lose Angebote abzugeben.

Die Angebote können bis zum 19. Mai 2015 um 10.00 Uhr bei der GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg eingereicht werden.

Die Bekanntmachung im Volltext sowie alle weiteren Informationen finden Sie unter:

[http://www.gmh-hamburg.de/
unternehmen/ausschreibungen.html](http://www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html)

Hamburg, den 17. April 2015

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 336

Gläubigeraufruf

Der Verein **Systemische Perspektiven e.V.** mit Sitz in Hamburg ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei den Liquidatorinnen des Vereins zu melden.

Hamburg, den 30. März 2015

Die Liquidatorinnen 337

Gläubigeraufruf

Der Verein **Schulverein Steinbeker Marktstraße e.V.** ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei den Liquidatoren des Vereins zu melden.

Hamburg, den 13. April 2015

Die Liquidatoren 338